

# Demokratie und Übermoralisierung

passen nicht zusammen.

Eine unzufriedene Betrachtung von Gerd Eisenbeiß von Ende Mai 2023

Es ist ein heikles Unterfangen, Haltungen zu kritisieren, die eindeutig moralisch begründet sind. Andererseits kann man in Demokratien die Bürger nicht zu etwas zwingen, was sie aus welchen Gründen auch immer nicht wollen - auch wenn es noch so moralisch begründet ist. Diktatoren neigen erst recht nur zu Zwang, wenn dieser ihrer Machtstabilität dient; Moral ist da sicher kein Leitprinzip!

Auch kann man aus Erfahrung sagen, dass Menschen mit beträchtlicher Trägheit lieber ihren Lebensinteressen folgen als moralisch gebotenen Verhaltensratschlägen oder Verboten. Zu beobachten ist dies sowohl in Demokratien als auch in autoritär regierten Gesellschaften. Mitunter ist auch diskutabel, was moralisch ist: so gab es in den allermeisten Gesellschaften einen breiten Konsens der Ächtung alternativen Sexualverhaltens bis hin zur Strafbarkeit wie z.B. auch in Deutschland bis weit nach dem Krieg. Auch heute ist man in vielen Ländern stolz darauf, ausschließlich heterosexuelle Lebensweisen anzuerkennen. Für Putins Russland ist die sexuelle Freizügigkeit ein starker Grund, den Westen für verkommen zu halten und zu behaupten, der Westen wolle durch Propaganda für Homosexualität (in Russland oft mit Pädophilie gleichgesetzt) die noch gesunde russische Gesellschaft zerstören.

Diese Spannung zwischen moralischen Forderungen und gesellschaftlicher Akzeptanz wird zurzeit besonders deutlich in folgenden Fällen:

- wirkliche Gleichberechtigung erfordere eine **gendergerechte Sprache**:
- der unbezweifelbar global wirksame **Treibhausgas-Effekt** erfordere Opfer (Verhaltensänderungen, Investitionen, Kosten) insbesondere derjenigen Menschen, deren Wohlstand am meisten von den bisherigen Emissionen profitiert hat.
- Humanität erfordere die Aufnahme aller **Menschen aus Notgebieten**, die es schaffen, zu uns zu kommen - mit oder ohne Berechtigung.
- Es sei unmoralisch, **Handel mit Regimen** zu treiben oder auch nur in diplomatisch korrektem Stil zu verkehren, die **Menschenrechte missachten**.

Wer in diesen Fragen moralischen Argumenten nicht sofort und bedingungslos folgt, dem droht Ächtung, mitunter auch Hass und Bedrohung von verabsolutierenden Minderheiten. Ebenso greift die selbstzensurierende Furcht, bei Ablehnung so moralischer Forderungen in die Ecke von undemokratischen Bewegungen und Parteien gestellt zu werden, die illiberalen, populistischen Primitivideologien anhängen. Mit diesem Mechanismus setzt sich gerade die Gendersprache durch!

**Der Hang zum Übermoralisieren ist Ausfluss eines idealisierten Menschenbildes, alle Menschen seien bedingungslos selbstlos und radikal gerecht.** Wenn es so wäre, wäre die Weltlage eine andere, und auch die innenpolitische Situation in Ländern wie dem unseren. Der normale Mensch will aber nicht gedrängt oder gar gezwungen werden, bei jeder Äußerung an alle möglichen sexuellen Orientierungen denken zu müssen. Und er will nicht im Eiltempo auf alle klimarelevanten Dinge verzichten, wenn ihm dieser Verzicht in Bezug auf Kosten und Bequemlichkeit unzumutbar erscheint. Und in Demokratien darf abgestimmt werden; und diese Wahlen und Abstimmungen haben in den letzten Jahren gezeigt, dass die 4 Themen nicht im Vordergrund der Entscheidungskriterien gestanden haben gegenüber wirtschaftlichen und sozialen Erwartungen und insbesondere der Erwartung, dass sich nicht zu viel ändert.

Und nur sehr wenige real existierende Gesellschaften wollen ihre Heimat mit Strömen von **fremdländischen Immigranten** teilen - schon eine jährliche Zuwanderung von 1% der Stammbevölkerung in relativ liberalen Ländern wie Deutschland und Italien wird weder sozial noch bei politischer Stabilität verkraftet. Würde die EU mit ihren etwa 450 Mio. Einwohnern hinfert jährlich auch nur ein halbes Prozent, also gut 2 Mio. Immigranten in Frieden und politisch-sozialer Stabilität aufnehmen, wäre gemessen am Emigrationsdruck aus Gebieten des nahen Südens auch dies nur ein Bruchteil des dort zu erwartenden Bevölkerungszuwachses von 2% von 1,4 Mrd., also fast 30 Mio. Jeder mag für sich abschätzen, wie viele dieser 1,4 Mrd Menschen jährlich nach Norden aufbrechen werden, wenn Bevölkerungszuwachs und Klimawandel die dortigen Lebensbedingungen weiter verschlechtern. Wer bei dieser Perspektive beispielsweise fordert, endlich legale Zugangswege nach Europa zu öffnen, ignoriert offenbar das quantitative Problem; er hat aber auch nicht verstanden, dass weitere legale Zuwanderungswege die „illegale“ Zuwanderung so wenig stoppen kann, wie ja auch heute schon restriktive Gesetze in EU und USA wirkungslos sind.

Die logischen Alternativen sind also: entweder Europa schließt alle Wege weitestgehend - im Zweifel mit militärischen Mitteln zu Wasser und zu Land; oder seine sozialen und politischen Strukturen brechen unter der Immigration zusammen.

Ich spüre meinen eigenen Protest gegen diese inhumane Alternative und bezweifle, dass sich das liberale und humanitäre Europa so schützen will und kann. Wenn aber die großen Flüchtlingsströme erst noch zu erwarten sind, wird es dieses liberale und humanitäre Europa demnächst nicht mehr geben, weil auch die demokratischen Gesellschaften Parteien wählen werden, die den Zuzug genauso rigoros stoppen wollen und werden, wie oben drastisch benannt. Dieser Prozess hat insbesondere im Osten Deutschlands und weiter östlich längst begonnen. Denn die profitierenden Parteien sind weitgehend identisch mit den Demokratieverächtern, die gewonnene Wahlen nutzen wie Ungarns Orban u.a., die Freiheiten der Medien und Gerichte und schließlich freie, faire Wahlen selbst abzuschaffen. Es sollte nicht ignoriert werden, dass genau diese Parteien auch

fast durchweg homophob sind und alternatives Sexualverhalten wieder verfolgen werden.

Über die für mich ärgerliche Sprachverhuzung der **Genderei** möchte ich hier nicht viel sagen. Noch wehrt sich die klare Mehrheit gegen diese Zumutung der Gendermoralisten; allerdings haben viele Medien bereits kapituliert und schreiben und sprechen (!) \* und \_ und all den Unsinn über menstruierende und nicht menstruierende Mensch\*innen. Wenn es der von den radikalisierten Genderfans ausgeübte Druck ist, der die Medien verführt, dies mitzumachen, dann muss Gegendruck von jenen Bürgern kommen, die das weder lesen noch hören wollen - Gegendruck auf Politiker und durch Kündigung von gendernden Medien, die bereits von Teenager\*innen oder Teacher\*innen berichten.

Deutschland und EU-Europa sind auf die **Kooperation mit den Staaten der Erde** angewiesen; da kann man auch mal eine Zeit lang ein so großes Land wie Russland boykottieren, aber dann auch noch China? Überhaupt ist eine moralisch begründete Kooperationsverweigerung (etwa wegen schwerer Menschenrechtsverstöße) nur gegenüber kleinen Staaten ohne erhebliche eigene Schäden möglich. Die in der EU vorgesehene kleine Lösung, über ein Lieferkettengesetz Einfluss auszuüben, dürfte den Unternehmen enorme Beobachtungs-, Bewertungs- und Berichtspflichten auferlegen; auch dabei müssen sich die Politiker gegen einen enormen moralischem Druck idealistischer Gruppen wehren, diesen Aufwand perfektionistisch zu einem Bürokratiemonster werden zu lassen, obwohl die Wirkung bescheiden bleiben dürfte.

Es ist bei dieser Frage schon sehr unscharf, welche **Menschenrechte** denn gelten sollen; nimmt man völkerrechtlich naheliegend die UNO-Erklärung von 1948, so ist jede Nicht-Demokratie eine Verletzung des Menschenrechts auf Teilhabe an der Macht (Art. 21) - man lese sich die 21 Artikel einmal durch, etwa auf <https://unric.org/de/allgemeine-erklaerung-menschenrechte/> <sup>1</sup>! Die oft erhobene Forderung, mit Staaten, die die Menschenrechte missachten, keinen Handel zu treiben, die diplomatischen Beziehungen zu minimieren und erst recht keinerlei Hilfe zu leisten, würde bei Befolgung zu einer Isolierung Deutschlands in der Welt führen - mehr noch zur Verarmung Mitteleuropas wegen Rohstoffmangels. Das aber würde wiederum keine Regierung demokratisch überstehen!

Man muss auch anerkennen, dass diese Formulierung von Menschenrechten in einer UNO geschah, die 1948 von den siegreichen Demokratien beherrscht wurde, während der Großteil der Menschen noch in unfreien Kolonien lebte und keinerlei Mitbestimmungsrecht hatte. Afrikanische, asiatische und insbesondere auch muslimische oder hinduistische Völker hätten mit Sicherheit manches anders formuliert oder erst gar nicht

---

<sup>1</sup> Artikel 21: (1) Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken. ....nach Ziffer (3) gehören „regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder einem gleichwertigen freien Wahlverfahren“ dazu

zugestimmt. Darauf weise ich nicht hin, um die recht gut formulierten Menschenrechte der UNO zu kritisieren, sondern um daran zu erinnern, dass auch bei uns in Europa (von Deutschland ganz zu schweigen) die Achtung dieser Menschenrechte eine recht junge Sache ist. Ich kann schon verstehen, dass es andere Völker in anderen Erdregionen für ziemlich arrogant halten, dass sie jede Änderung europäischer Ansichten und Normen schnurstracks nachzuvollziehen haben - zumal die meisten Völker der Erde Regierungen ausgeliefert sind, die sie nicht nach fairem Streit wählen dürfen. Dass alle Menschen sich dem gleichen Denken unterwerfen müssen, darf kein Gebot auch innerhalb einer Gesellschaft sein (auch nicht in Deutschland!) - nur Nord-Korea, Iran und China versuchen das zurzeit, würden aber ohne extreme Gewalt nicht überleben.

Was den **Klimaschutz** angeht, so stehen wir vor einem ähnlichen Dilemma zwischen Moral und Demokratie. Seit 2 Jahrzehnten sind die internationalen Eliten immer klarer überzeugt, dass die globale Erwärmung stattfindet, dass sie menschengemacht ist (insbesondere durch Treibhausgasemissionen) und dass die zu erwartenden Schäden größer sind als die Aufwendungen bei raschem Klimaschutzhandeln; ich teile diese Meinung. Die Pariser Beschlüsse mit dem Ziel, möglichst nicht mehr als 1,5°Grad Erwärmung zuzulassen, sind trotz ihrer Unschärfe geltendes Recht geworden; ihre Nicht-Befolgung könnte also als Rechtsbruch gewertet werden, was das im GG garantierte Widerstandsrecht, also auch eine Klima-Selbstjustiz rechtfertigen könnte. Dieser rechtlichen Würdigung steht die Tatsache gegenüber, dass der deutsche Anteil am Treibhausgas-Restbudget rechtlich nicht fixiert ist; ginge es nach der Bevölkerungszahl, hätte Deutschland nach dem vereinfachenden „Budgetkonzept“ noch 3,8 Mrd. t Treibhausgasemissionen, ginge es nach dem Verursacherprinzip noch wesentlich weniger. Deutschland müsste danach in weniger als 10 Jahren klimaneutral sein! Heizen und Mobilität sowie alle wirtschaftlichen Aktivitäten müssten also 2033 oder deutlich davor frei von Treibhausgasemissionen sein.

Gleichwohl steht den großen politischen Beschlüssen, z.B. in Paris 2015, nur eine recht begrenzte Bereitschaft gegenüber, das Notwendige schnell genug zu tun - die Zumutungen an Kosten, also Verlust an aktuellem Wohlstand sind zu groß - sowohl bei hohem als auch bei niedrigem Einkommen. Extremer Ausdruck einer Übermoralisierung sind die Absolutisten von „extinction rebellion“ und „letzter Generation“, deren moralische Selbstermächtigung zurzeit zu Erpressungsaktionen an Demokratien führt, die auf den Klimaschutz anderswo keinerlei Auswirkung haben. Dass unter dem Druck solcher Kräfte nur 18% der abstimmenden Berliner ernsthaft ein klimaneutrales Berlin bis 2030 für erreichbar gehalten haben, mag nicht überraschend sein - unter moralischen Aspekten muss man da allerdings fragen, warum die Klimaneutralität nicht schon für Weihnachten 2023 gefordert wurde.

An all dem ist die Ursache der Übermoralisierung zu erkennen: **die Moralisten treiben zu immer unrealistischeren Zielen** - Zielen, die die sozialen Realitäten ignorieren. Die

Presse findet das ganz interessant und unterstützt vielfach den Beschluss „noch ambitionierterer“ Ziele. Die Politik gibt den Widerstand auf und beschließt immer ehrgeizigere Kriterien und Ziele. Je klarer wird, dass auch Deutschland und die EU ihren Anteil am 1,5°-Ziel nicht werden leisten wollen und können - und schon gar nicht die 7,5 Mrd. Nicht-Europäer dieser Welt, desto ehrgeizigere Ziele werden verkündet und verfehlt - **Hauptsache, man fühlt sich moralisch wohl, weil man ja so ehrgeizige Ziele befürwortet** wie z.B. kein „push back“ von Flüchtlingen, Uiguren-Schutz durch China-Boycott und endlich eine Sprache, bei der man bei jedem Satz an alle Formen der sexuellen Identität zu denken hat. Europa muss zur Kenntnis nehmen, dass neo-faschistische Parteien überall an Unterstützung gewinnen, in Deutschland die AFD, in Spanien VOX, in Frankreich ..... etc. Und Europa muss analysieren, was diese zunehmende Demokratiegefährdung nährt. Meiner Ansicht nach sind es insbesondere die Immigration und leider immer noch Themen in der Nähe von Sexualität - von Homophobie bis Genderei, die Leugnung eines Klimaproblems kommt hinzu oder auch Horrorgeschichten über Impfschäden. Also muss eine demokratische Politik sehr darauf achten, dass notwendige Maßnahmen und Änderungen nicht wesentliche Minderheiten dem Griff von Populisten und Volksverführern ausliefern - auch das ist ein moralisches Gebot! Ein von moralischem Purismus geprägten Sittenterror ist selbst unmoralisch.

Lasst uns also zurückkehren zu guter sozialökologischer Politik mit realistisch umsetzbaren, weil breit akzeptierten Maßnahmen, die auf dem Pfad einer friedlichen gesellschaftlichen Entwicklung liegen. Was den Klimaschutz angeht weiß im Grunde jeder (mit Ausnahme von Ministern und Aktivisten) seit Langem, dass es viel länger dauern wird bis zur **Klimaneutralität - der Erde als Ganzes eher 70 als 30 Jahre und Deutschlands eher 50 als 22 Jahre**. Deshalb muss gute Politik die leider zu erwartende Erwärmung und ihre bösen Folgen bedenken und Strategien entwickeln, diese Schäden zu mildern.

---

Zur Genderei habe ich aber noch einen Vorschlag von höchster moralischer Konsequenz: es ist eine unakzeptable Zurückstellung der weiblichen Identität, dass ihre Bezeichnung weithin aus einem Anhängsel „in“ an den männlichen Begriff besteht. Wieviel gerechter ist es doch im Englischen, wenn der weibliche „king“ mit dem selbstständigen Wort „queen“ bezeichnet wird - und wie erniedrigend, wenn man Königin genannt wird, als wäre man ein Wurmfortsatz des Königs. Also bitte hinfort nicht Bäckerin sondern z.B. Bäckin, Handwerkin, Soldin oder eben Könin.

Ein Land, das nun endlich auch eine feministische Außenpolitik hat, sollte seine Sprache entsprechend konsequent gerecht machen!

Aber ich bin nicht sicher, **ob dieser mein Vorschlag Satire bleibt** oder nicht doch von eine\_m/\_r Professor\*in als überzeugende Weiterentwicklung aufgegriffen wird.

